

# MINISTERIALBLATT

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

Ausgabe A

28. Jahrgang

Ausgegeben zu Düsseldorf am 26. März 1975

Nummer 27

Inhalt

I.

**Veröffentlichungen, die in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBL. NW.) aufgenommen werden.**

Glied.-Nr.	Datum	Titel	Seite
2035	19. 2. 1975	RdErl. d. Innenministers Vorbereitung der nach dem Landespersonalvertretungsgesetz durchzuführenden Wahlen.	315

**2035**

**Vorbereitung  
der nach dem Landespersonalvertretungsgesetz durchzuführenden Wahlen**

RdErl. d. Innenministers v. 19. 2. 1975  
– II A 2 – 7.02.00 – 1/75

Zur Erleichterung der Wahlen, die nach den Vorschriften des Landespersonalvertretungsgesetzes – LPVG – vom 3. Dezember 1974 (GV. NW. S. 1514/SGV. NW. 2035) und der Wahlordnung zum Landespersonalvertretungsgesetz (WO-LPVG) vom 12. Februar 1974 (GV. NW. S. 164/SGV. NW. 2035) durchzuführen sind, gebe ich die anliegenden Vordruckmuster für die wichtigsten von den Wahlvorständen vorzunehmenden Maßnahmen bekannt.

Die Vordruckmuster können auch für die Wahlen der Jugendvertretungen (§§ 54, 60 LPVG), der Vertrauensleute im Bereich der Polizei (§§ 85, 86 LPVG), der Lehrer-Personalvertretungen (§§ 88, 90, 92 LPVG) und der Personalvertretungen der Referendare im juristischen Vorbereitungsdienst (§§ 99, 103 LPVG) mit den sich aus diesen Vorschriften sowie aus den §§ 45 bis 53 der Wahlordnung ergebenden Änderungen verwendet werden.

Die Landesbehörden, die Gemeinden und Gemeindeverbände sowie die sonstigen der Aufsicht des Landes unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts werden gebeten, den bei ihnen zu bildenden Wahlvorständen die Verwendung von Vordrucken nach den beigefügten Mustern zu empfehlen. Die Herstellung der Vordrucke bleibt den Dienststellen im Benehmen mit den Wahlvorständen überlassen. Auf § 21 Abs. 2 Satz 1 LPVG weise ich hin.

Meinen RdErl. v. 15. 7. 1958 (SMBL. NW. 2035) hebe ich hiermit auf.

**Bekanntgabe der Mitglieder des Wahlvorstands für die Personalratswahl  
(§ 1 Abs. 3 der Wahlordnung)**

## Der Wahlvorstand

bei .....  
(Dienststelle)

....., den .....  
(Ort) (Datum)

## **Bekanntmachung über die Zusammensetzung des Wahlvorstands**

## Der Wahlvorstand für die Wahl des Personalrates bei

(Dienststelle)

1. ..... Vorsitzender,  
(Vorname, Familienname) (Amts-, Dienst- oder Berufsbezeichnung)

2. .....  
(Vorname, Familienname) (Amts-, Dienst- oder Berufsbezeichnung)

3. .....  
(Vorname, Familienname) (Amts-, Dienst- oder Berufsbezeichnung)

Es wird darauf hingewiesen, daß Vorabstimmungen über eine vom Gesetz abweichende Verteilung der Sitze auf die Gruppen oder über gemeinsame Wahl nur berücksichtigt werden können, wenn ihr Ergebnis dem Wahlvorstand spätestens am ..... \*) vorliegt (§ 4 der Wahlordnung).

..... (Unterschrift) ..... (Unterschrift) ..... (Unterschrift)  
Vorsitzender

Aushang am .....  
bis zum Abschluß der Stimmabgabe.

<sup>\*)</sup> Das hier einzusetzende Datum ergibt sich aus § 4 der Wahlordnung.

**Vordruck 2**

**Niederschrift des Wahlvorstands**  
**über die Ermittlung der Zahl der zu wählenden Personalratsmitglieder**  
**und ihre Verteilung auf die Gruppen**  
**(§§ 5 und 14 der Wahlordnung)**

**Der Wahlvorstand**

bei .....  
 (Dienststelle) ..... den .....  
 (Ort) (Datum)

**Niederschrift**  
**über die Ermittlung der Zahl der zu wählenden Personalratsmitglieder**  
**und ihre Verteilung auf die Gruppen**

In der heutigen Sitzung des Wahlvorstands, an der teilgenommen haben

1. ..... als Vorsitzender
2. .....
3. .....

wurde die Zahl der zu wählenden Personalratsmitglieder und die Verteilung der Sitze auf die Gruppen errechnet, nachdem festgestellt worden war, daß bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung vom ..... angegebenen Frist dem Wahlvorstand eine Mitteilung über eine Vorabstimmung wegen der abweichenden Verteilung der Sitze auf die Gruppen nicht zugegangen ist.

Die Zahl der wahlberechtigten Beschäftigten beträgt in der Regel ....., davon ..... Beamte, ..... Angestellte und ..... Arbeiter. Es sind daher ..... Personalratsmitglieder zu wählen.

Zur Verteilung der Sitze auf die Gruppen wurden die Zahlen der Beschäftigten der einzelnen Gruppen durch 1, 2, 3 usw. geteilt.

Das Ergebnis zeigt die nachstehende Übersicht:

	Beamte: .....	Angestellte: .....	Arbeiter: .....
geteilt durch 1 .....	(.....)	(.....)	(.....)
" " 2 .....	(.....)	(.....)	(.....)
" " 3 .....	(.....)	(.....)	(.....)
" " 4 .....	(.....)	(.....)	(.....)
usw.			

Die Reihenfolge der für die Zuteilung der Sitze in Betracht kommenden Höchstzahlen ergibt sich aus den eingeklammerten Ziffern.

Hiernach — würden — \*) entfallen auf die Gruppe der

Beamten .....	Sitze,
Angestellten .....	Sitze,
Arbeiter .....	Sitze.

\*) Aus § 14 Abs. 3 bis 5 LPVG und § 5 Abs. 3 der Wahlordnung ergibt sich jedoch folgende, von dem Höchstzahlenergebnis abweichende Verteilung:

Beamte .....	Sitze,
Angestellte .....	Sitze,
Arbeiter .....	Sitze.

Begründung:

.....  
 (Unterschrift) ..... (Unterschrift) ..... (Unterschrift)  
 Vorsitzender



**Vordruck 3a**

**Wahlausschreiben für die Wahl des Personalrats in Gruppenwahl**  
**(§ 6 der Wahlordnung)**

---

**Der Wahlvorstand**

bei .....  
 (Dienststelle) ..... den .....  
 (Ort) (Datum)

**Wahlausschreiben  
 für die Wahl des Personalrats**

Gemäß § 13 LPVG ist in

.....  
 (Bezeichnung der Dienststelle)  
 ein Personalrat zu wählen.

Der Personalrat besteht aus ..... Mitgliedern. Davon erhalten  
 die Beamten . . . . . Vertreter,  
 die Angestellten . . . . . Vertreter,  
 die Arbeiter . . . . . Vertreter.

Die Beamten, Angestellten und Arbeiter wählen ihre Vertreter in getrennten Wahlgängen (Gruppenwahl).

Wählen und gewählt werden kann nur, wer in das Wählerverzeichnis eingetragen ist.  
 Ein Abdruck des Wählerverzeichnisses liegt für die Gruppe

der Beamten im .....  
 (Ortsbezeichnung)  
 der Angestellten im .....  
 (Ortsbezeichnung)  
 der Arbeiter im .....  
 (Ortsbezeichnung)

aus und kann dort von jedem Wahlberechtigten bis zum Abschluß der Stimmabgabe arbeitstäglich von ..... bis ..... Uhr eingesehen werden. Einsprüche gegen die Richtigkeit des Wählerverzeichnisses können nur innerhalb einer Woche seit seiner Auslegung schriftlich beim Wahlvorstand eingelegt werden. Letzter Tag der Einspruchsfrist ist .....

Ein Abdruck der Wahlordnung liegt anbei zur Einsicht offen.

Die Wahlberechtigten sowie die in der Dienststelle vertretenen Gewerkschaften und Berufsverbände (§ 115 LPVG) werden aufgefordert, innerhalb von 18 Kalendertagen seit Erlaß dieses Wahlausschreibens, spätestens bis zum ....., dem Wahlvorstand Wahlvorschläge für jede Gruppe (Beamte, Angestellte, Arbeiter) einzureichen.

Die Wahlvorschläge der Beschäftigten für die  
 Beamtengruppe müssen von mindestens ..... wahlberechtigten Gruppenangehörigen,  
 Angestelltengruppe von mindestens ..... wahlberechtigten Gruppenangehörigen,  
 Arbeitergruppe von mindestens ..... wahlberechtigten Gruppenangehörigen  
 unterzeichnet sein. Jeder Beschäftigte kann seine Unterschrift rechtswirksam nur für einen Wahlvorschlag abgeben. Die Wahlvorschläge der Gewerkschaften und der Berufsverbände müssen von einem Beauftragten der Organisation unterzeichnet sein. Die nach § 11 Abs. 3 LPVG nicht wählbaren Beschäftigten dürfen keine Wahlvorschläge machen oder unterzeichnen. Die Wahlvorschläge sind für die Gruppen getrennt einzureichen.

Wahlvorschläge, die nicht die nötige Anzahl von Unterschriften enthalten oder verspätet eingereicht werden, sind ungültig. Gewählt werden kann nur, wer in einen gültigen Wahlvorschlag aufgenommen ist.

Jeder Wahlvorschlag soll doppelt so viele Bewerber aufweisen, wie in dem Wahlgang Personalratsmitglieder der Gruppe zu wählen sind. Die einzelnen Bewerber sind untereinander mit fortlaufenden Nummern aufzuführen. Außer dem Familiennamen sind Vorname, Geburtsdatum, Amts-, Dienst- oder Berufsbezeichnung, Beschäftigungsstelle und Gruppenzugehörigkeit anzugeben. Die schriftliche Zustimmung der Bewerber zur Aufnahme in den Wahlvorschlag ist beizufügen. Jeder Beschäftigte kann für die Wahl des Personalrats nur auf einem Wahlvorschlag benannt werden. Aus dem Wahlvorschlag soll zu erkennen sein, welcher Unterzeichner zur Vertretung des Vorschlags gegenüber dem Wahlvorstand und zur Entgegennahme von Erklärungen und Entscheidungen des Wahlvorstands berechtigt ist. Fehlt in Wahlvorschlägen der Beschäftigten eine Angabe hierüber, so gilt der Unterzeichner als berechtigt, der an erster Stelle steht. Der Wahlvorschlag kann mit einem Kennwort versehen sein.

Die Wahlvorschläge werden spätestens am ..... bis zum Abschluß der Stimmabgabe an dieser Stelle ausgehängt.

Die Stimmabgabe findet statt für die

Beamten am ..... von ..... bis ..... Uhr in .....  
(Abstimmungstag) (Ortsangabe)

Angestellten am ..... von ..... bis ..... Uhr in .....  
(Abstimmungstag) (Ortsangabe)

Arbeiter am ..... von ..... bis ..... Uhr in .....  
(Abstimmungstag) (Ortsangabe)

Wahlberechtigte, die im Zeitpunkt der Wahl verhindert sind, ihre Stimme persönlich abzugeben, erhalten auf Verlangen zum Zwecke der schriftlichen Stimmabgabe die Wahlvorschläge, den Stimmzettel und den Wahlumschlag sowie einen größeren Freumschlag, der die Anschrift des Wahlvorstands und als Absenderangabe den Namen und die Anschrift des Wahlberechtigten sowie den Vermerk „Schriftliche Stimmabgabe“ trägt, ausgehändigt oder übersandt. Auf Antrag erhalten sie auch einen Abdruck des Wahlausschreibens.

Die Sitzung des Wahlvorstands, in der das Wahlergebnis festgestellt wird, findet

am ..... um ..... Uhr in ..... statt.  
(Datum) (Ortsangabe)

Tag des Erlasses dieses Wahlausschreibens: ..... \*)

.....  
(Unterschrift)

.....  
(Unterschrift)

.....  
(Unterschrift)

Ausgehängt am ..... \*)  
bis zum Abschluß der Stimmabgabe.

Abgenommen am .....

**Vordruck 3b**

**Wahlausschreiben für die Wahl des Personalrats in gemeinsamer Wahl**  
**(§ 6 der Wahlordnung)**

**Der Wahlvorstand**bei .....  
 (Dienststelle)....., den .....  
 (Ort) (Datum)

**Wahlausschreiben**  
**für die Wahl des Personalrats**

Gemäß § 13 LPVG ist in

.....  
 (Bezeichnung der Dienststelle)  
 ein Personalrat zu wählen.

Der Personalrat besteht aus ..... Mitgliedern. Davon erhalten

die Beamten ..... Vertreter,  
 die Angestellten ..... Vertreter,  
 die Arbeiter ..... Vertreter.

Der Personalrat wird in gemeinsamer Wahl gewählt.

Wählen und gewählt werden kann nur, wer in das Wählerverzeichnis eingetragen ist.  
 Ein Abdruck des Wählerverzeichnisses liegt im.....  
 (Ortsbezeichnung)

aus und kann dort von jedem Wahlberechtigten bis zum Abschluß der Stimmabgabe arbeitstäglich von ..... bis ..... Uhr eingesehen werden. Einsprüche gegen die Richtigkeit des Wählerverzeichnisses können nur innerhalb einer Woche seit seiner Auslegung schriftlich beim Wahlvorstand eingelegt werden. Letzter Tag der Einspruchfrist ist .....

Ein Abdruck der Wahlordnung liegt anbei zur Einsicht offen.

Die Wahlberechtigten sowie die in der Dienststelle vertretenen Gewerkschaften und Berufsverbände (§ 115 LPVG) werden aufgefordert, innerhalb von 18 Kalendertagen seit Erlass dieses Wahlausschreibens, spätestens bis zum ....., dem Wahlvorstand Wahlvorschläge einzureichen. Die Wahlvorschläge der Beschäftigten müssen von mindestens ..... Wahlberechtigten unterzeichnet sein. Jeder Beschäftigte kann seine Unterschrift rechtswirksam nur für einen Wahlvorschlag abgeben. Die Wahlvorschläge der Gewerkschaften und der Berufsverbände müssen von einem Beauftragten der Organisation unterzeichnet sein. Die nach § 11 Abs. 3 LPVG nicht wählbaren Beschäftigten dürfen keine Wahlvorschläge machen oder unterzeichnen.

Wahlvorschläge, die nicht die nötige Anzahl von Unterschriften enthalten oder verspätet eingereicht werden, sind ungültig. Gewählt werden kann nur, wer in einen gültigen Wahlvorschlag aufgenommen ist.

Jeder Wahlvorschlag soll doppelt so viele Bewerber aufweisen, wie Personalratsmitglieder zu wählen sind. Die einzelnen Bewerber sind untereinander mit fortlaufenden Nummern aufzuführen. Außer dem Familiennamen sind Vorname, Geburtsdatum, Amts-, Dienst- oder Berufsbezeichnung, Beschäftigungsstelle und Gruppenzugehörigkeit anzugeben. In dem Wahlvorschlag sind die Bewerber jeweils nach Gruppen zusammenzufassen. Die schriftliche Zustimmung der Bewerber zur Aufnahme in den Wahlvorschlag ist beizufügen. Jeder Beschäftigte kann für die Wahl des Personalrats nur auf einem Wahlvorschlag benannt werden. Aus dem Wahlvorschlag soll zu ersehen sein, welcher Unterzeichner zur Vertretung des Vorschlags gegenüber dem Wahlvorstand und zur Entgegennahme von Erklärungen und Entscheidungen des Wahlvorstands berechtigt ist. Fehlt in Wahlvorschlägen der Beschäftigten eine Angabe hierüber, so gilt der Unterzeichner als berechtigt, der an erster Stelle steht. Der Wahlvorschlag kann mit einem Kennwort versehen sein.

Die Wahlvorschläge werden spätestens am ..... bis zum Abschluß der Stimmabgabe an dieser Stelle ausgehändigt.

Die Stimmabgabe findet statt

am ..... von ..... bis ..... Uhr in .....  
(Abstimmungstag) (Ortsangabe)

Wahlberechtigte, die im Zeitpunkt der Wahl verhindert sind, ihre Stimme persönlich abzugeben, erhalten auf Verlangen zum Zwecke der schriftlichen Stimmabgabe die Wahlvorschläge, den Stimmzettel und den Wahlumschlag sowie einen größeren Freiumschlag, der die Anschrift des Wahlvorstands und als Absenderangabe den Namen und die Anschrift des Wahlberechtigten sowie den Vermerk „Schriftliche Stimmabgabe“ trägt, ausgehändigt oder übersandt. Auf Antrag erhalten sie auch einen Abdruck des Wahlausschreibens.

Die Sitzung des Wahlvorstands, in der das Wahlergebnis festgestellt wird, findet

am ..... um ..... Uhr in ..... statt.  
(Datum) (Ortsangabe)

Tag des Erlasses dieses Wahlausschreibens: ..... \*)

.....  
(Unterschrift)  
Vorsitzender

.....  
(Unterschrift)

.....  
(Unterschrift)

Ausgehängt am ..... \*)  
bis zum Abschluß der Stimmabgabe.

Abgenommen am .....

**Vordruck 4a**

**Bekanntmachung  
über die Gewährung einer Nachfrist für die Einreichung von Wahlvorschlägen  
zur Wahl des Personalrats  
(Gruppenwahl – § 11 Abs. 1 und 2 der Wahlordnung)**

Der Wahlvorstand

bei .....  
(Dienststelle)

....., den .....  
(Ort) (Datum)

**Bekanntmachung  
über eine Nachfrist zur Einreichung von Wahlvorschlägen  
für die Gruppe der .....**

Innerhalb der im Wahlausschreiben bekanntgegebenen Frist ist für die Gruppe der ..... kein gültiger Wahlvorschlag eingegangen.

Gemäß § 11 der Wahlordnung werden die wahlberechtigten Beschäftigten der .....-Gruppe sowie die in der Dienststelle vertretenen Gewerkschaften und Berufsverbände (§ 115 LPVG) aufgefordert, innerhalb einer Nachfrist von 6 Kalendertagen, spätestens am ....., beim Wahlvorstand gültige Wahlvorschläge einzureichen. Auf die Angaben im Wahlausschreiben über Inhalt und Form der Wahlvorschläge wird hingewiesen.

Geht auch innerhalb der Nachfrist kein gültiger Wahlvorschlag ein, so können für diese Gruppe keine Vertreter gewählt werden.

.....  
(Unterschrift)  
Vorsitzender

.....  
(Unterschrift)

.....  
(Unterschrift)

Ausgehängt am .....

Abgenommen am .....

**Bekanntmachung**  
über die Gewährung einer Nachfrist für die Einreichung von Wahlvorschlägen  
zur Wahl des Personalrats  
(Gemeinsame Wahl – § 11 Abs. 1 und 2 der Wahlordnung)

---

Der Wahlvorstand

bei .....

(Dienststelle)

....., den .....

(Ort)

(Datum)

**Bekanntmachung**  
über eine Nachfrist zur Einreichung von Wahlvorschlägen

Innerhalb der im Wahlausseren bekanntgegebenen Frist ist für die Wahl des Personalrats  
kein gültiger Wahlvorschlag eingegangen.

Gemäß § 11 der Wahlordnung werden die wahlberechtigten Beschäftigten sowie die in der  
Dienststelle vertretenen Gewerkschaften und Berufsverbände (§ 115 LPVG) aufgefordert, inner-  
halb einer Nachfrist von 6 Kalendertagen, spätestens am ....., beim Wahlvorstand  
gültige Wahlvorschläge einzureichen. Auf die Angaben im Wahlausseren über Inhalt und  
Form der Wahlvorschläge wird hingewiesen.

Geht auch innerhalb der Nachfrist kein gültiger Wahlvorschlag ein, so kann die Wahl nicht  
stattfinden.

.....  
(Unterschrift)  
Vorsitzender

.....  
(Unterschrift)

.....  
(Unterschrift)

Ausgehängt am .....

Abgenommen am .....

**Vordruck 5a**

**Stimmzettel zur Personalratswahl**  
(Gruppenwahl und Verhältniswahl – § 25 Abs. 1 und 2 der Wahlordnung)

**Stimmzettel**  
für die Wahl der Personalratsmitglieder der  
Gruppe der .....

Vorschlagsliste 1:

.....  
(Kennwort)

1. ....  
(Name, Vorname, Amts-, Dienst- oder Berufsbezeichnung, Beschäftigungsstelle, Gruppe)
2. ....  
(Name, Vorname, Amts-, Dienst- oder Berufsbezeichnung, Beschäftigungsstelle, Gruppe)

Vorschlagsliste 2:

.....  
(Kennwort)

1. ....  
(Name, Vorname, Amts-, Dienst- oder Berufsbezeichnung, Beschäftigungsstelle, Gruppe)
2. ....  
(Name, Vorname, Amts-, Dienst- oder Berufsbezeichnung, Beschäftigungsstelle, Gruppe)  
usw.

Der Stimmzettel ist ungültig, wenn mehr als eine Vorschlagsliste angekreuzt ist.

**Vordruck 5b**

**Stimmzettel zur Personalratswahl**  
**(Gruppenwahl und Personalwahl – § 28 der Wahlordnung)**

**Stimmzettel**  
**für die Wahl der Personalratsmitglieder der**  
**Gruppe der .....**

1. ....  
(Name, Vorname, Amts-, Dienst- oder Berufsbezeichnung, Beschäftigungsstelle, Gruppe)
  
2. ....  
(Name, Vorname, Amts-, Dienst- oder Berufsbezeichnung, Beschäftigungsstelle, Gruppe)
  
3. ....  
(Name, Vorname, Amts-, Dienst- oder Berufsbezeichnung, Beschäftigungsstelle, Gruppe)  
usw.

Der Stimmzettel ist ungültig, wenn mehr als ..... Bewerber angekreuzt sind.

**Vordruck 5c**

**Stimmzettel zur Personalratswahl  
bei Wahl nur eines Vertreters einer Gruppe  
(§ 30 Abs. 1 und 2 der Wahlordnung)**

---

**Stimmzettel  
für die Wahl des Personalratsmitglieds der  
Gruppe der .....**

1. ....  
(Name, Vorname, Amts-, Dienst- oder Berufsbezeichnung, Beschäftigungsstelle, Gruppe)
  
2. ....  
(Name, Vorname, Amts-, Dienst- oder Berufsbezeichnung, Beschäftigungsstelle, Gruppe)
  
3. ....  
(Name, Vorname, Amts-, Dienst- oder Berufsbezeichnung, Beschäftigungsstelle, Gruppe)  
usw.

Der Stimmzettel ist ungültig, wenn mehr als ein Bewerber angekreuzt ist.

**Stimmzettel zur Personalratswahl**  
**(Gemeinsame Wahl und Verhältniswahl – § 25 Abs. 1 und 2 der Wahlordnung)**

**Stimmzettel**  
**für die Wahl des Personalrats**

Vorschlagsliste 1:

.....  
(Kennwort)

1. ....  
(Name, Vorname, Amts-, Dienst- oder Berufsbezeichnung, Beschäftigungsstelle, Gruppe) Beamtengruppe
2. ....  
(Name, Vorname, Amts-, Dienst- oder Berufsbezeichnung, Beschäftigungsstelle, Gruppe) Angestellten-  
gruppe
3. ....  
(Name, Vorname, Amts-, Dienst- oder Berufsbezeichnung, Beschäftigungsstelle, Gruppe)  
usw. Arbeitergruppe

Vorschlagsliste 2:

.....  
(Kennwort)

1. ....  
(Name, Vorname, Amts-, Dienst- oder Berufsbezeichnung, Beschäftigungsstelle, Gruppe) Beamtengruppe
2. ....  
(Name, Vorname, Amts-, Dienst- oder Berufsbezeichnung, Beschäftigungsstelle, Gruppe) Angestellten-  
gruppe
3. ....  
(Name, Vorname, Amts-, Dienst- oder Berufsbezeichnung, Beschäftigungsstelle, Gruppe)  
usw. Arbeitergruppe

Der Stimmzettel ist ungültig, wenn mehr als eine Vorschlagsliste angekreuzt ist.

**Stimmzettel zur Personalratswahl**  
(Gemeinsame Wahl und Personenwahl – § 28 der Wahlordnung)

---

**Stimmzettel  
für die Wahl des Personalrats**

**A. Beamtengruppe**

1. ....  
(Name, Vorname, Amts-, Dienst- oder Berufsbezeichnung, Beschäftigungsstelle, Gruppe)
2. ....  
(Name, Vorname, Amts-, Dienst- oder Berufsbezeichnung, Beschäftigungsstelle, Gruppe)  
usw.

**B. Angestelltengruppe**

1. ....  
(Name, Vorname, Amts-, Dienst- oder Berufsbezeichnung, Beschäftigungsstelle, Gruppe)
2. ....  
(Name, Vorname, Amts-, Dienst- oder Berufsbezeichnung, Beschäftigungsstelle, Gruppe)  
usw.

**C. Arbeitergruppe**

1. ....  
(Name, Vorname, Amts-, Dienst- oder Berufsbezeichnung, Beschäftigungsstelle, Gruppe)
2. ....  
(Name, Vorname, Amts-, Dienst- oder Berufsbezeichnung, Beschäftigungsstelle, Gruppe)  
usw.

Der Stimmzettel ist ungültig, wenn mehr als ..... Bewerber angekreuzt sind.

**Vordruck 5f**

**Stimmzettel**  
für die Wahl eines Personalrats, der aus einer Person besteht  
(§ 30 Abs. 1 und 2 der Wahlordnung)

---

**Stimmzettel**  
für die Wahl des Personalrats

1. ....  
(Name, Vorname, Amts-, Dienst- oder Berufsbezeichnung, Beschäftigungsstelle, Gruppe)
  
2. ....  
(Name, Vorname, Amts-, Dienst- oder Berufsbezeichnung, Beschäftigungsstelle, Gruppe)
  
3. ....  
(Name, Vorname, Amts-, Dienst- oder Berufsbezeichnung, Beschäftigungsstelle, Gruppe)  
usw.

Der **Stimmzettel** ist ungültig, wenn mehr als ein Bewerber angekreuzt ist.

## Vordruck 6a

Niederschrift über das Ergebnis der Personalratswahl (Wahlniederschrift)  
bei Gruppenwahl (§ 21 der Wahlordnung)

Der Wahlvorstand ..... , den .....  
(Ort) (Datum)  
bei .....  
(Dienststelle)

**Wahlniederschrift**

In der heutigen Sitzung des Wahlvorstands, an der teilgenommen haben

1. ..... als Vorsitzender
2. .....
3. .....

ist das Ergebnis der am ..... durchgeführten Wahl des Personalrats festgestellt worden.

Zu wählen waren ..... Personalratsmitglieder, davon  
..... Vertreter der Beamten,  
..... Vertreter der Angestellten,  
..... Vertreter der Arbeiter.

Es hat Gruppenwahl stattgefunden.

**A. Vertreter der Beamten**

Abgegeben wurden für die Gruppe der Beamten ..... Stimmzettel, hiervon ..... Stimmzettel in schriftlicher Stimmabgabe.

Davon waren gültig ..... Stimmzettel. Ungültig waren ..... Stimmzettel.  
Die Gültigkeit von ..... Stimmzetteln war zweifelhaft.

Gründe für die Gültigkeit oder Nichtgültigkeit dieser Stimmzettel:

## a) (bei Verhältniswahl) \*)

Die Wahl wurde nach den Grundsätzen der Verhältniswahl durchgeführt. Zugelassen waren die als Anlage beigefügten Vorschlagslisten.

- Auf die Vorschlagsliste 1 entfielen ..... gültige Stimmen.  
Auf die Vorschlagsliste 2 entfielen ..... gültige Stimmen.  
usw.

Zur Verteilung der Sitze auf die Vorschlagslisten wurden die Stimmenzahlen, die den Listen zugefallen sind, durch 1, 2, 3 usw. geteilt.

Das Ergebnis zeigt die nachstehende Übersicht:

Liste 1	Liste 2 usw.
Geteilt durch 1 ..... (.....)	..... (.....)
Geteilt durch 2 ..... (.....)	..... (.....)
Geteilt durch 3 ..... (.....)	..... (.....)
usw.	

Die Reihenfolge der für die Zuteilung von Sitzen in Betracht kommenden Höchstzahlen ergibt sich aus den eingeklammerten Ziffern.

Für die Gruppe der Beamten sind ..... Vertreter zu wählen; es kommt die gleiche Zahl von Höchstzahlen in Betracht.

Davon entfallen die Höchstzahlen ..... auf die Liste .....  
die Höchstzahlen ..... " " " ..... usw.

Nach der Reihenfolge der Bewerber auf den als Anlage beigefügten Vorschlagslisten sind demnach gewählt

aus Liste ..... die Bewerber .....  
aus Liste ..... die Bewerber ..... usw.

\*) Da die Liste ..... nicht genügend Bewerber enthält, fallen die überschüssigen Sitze den anderen Listen, die noch Bewerber enthalten, in der Reihenfolge der nächsten Höchstzahlen zu. Das sind

aus Liste ..... die Höchstzahlen .....  
aus Liste ..... die Höchstzahlen ..... usw.

Danach sind ferner gewählt aus Liste ..... die Bewerber .....  
aus Liste ..... die Bewerber ..... usw.

b) (bei Personenwahl\*)

Die Wahl wurde nach den Grundsätzen der Personenwahl durchgeführt. Zugelassen war der als Anlage beigefügte Wahlvorschlag.

Es waren ..... Vertreter der Beamten zu wählen.

Auf den Bewerber ..... entfielen ..... Stimmen.  
Auf den Bewerber ..... entfielen ..... Stimmen.  
Auf den Bewerber ..... entfielen ..... Stimmen.  
usw.

Gewählt sind folgende Bewerber: .....  
.....

\*) ..... Sitze der Beamtengruppe konnten nicht besetzt werden. Davon fielen unter Berücksichtigung der gemäß § 5 der Wahlordnung (vgl. Niederschrift vom .....\*) ermittelten Höchstzahlen ..... Sitze der Gruppe der Angestellten und ..... Sitze der Gruppe der Arbeiter zu.

B. Vertreter der Angestellten }  
C. Vertreter der Arbeiter } entsprechend vorstehendem Buchstaben A.

Der Personalrat besteht aus

..... als Vertreter der Beamten,  
..... als Vertreter der Angestellten,  
..... als Vertreter der Arbeiter.

Besondere Vorkommnisse:

.....  
(Unterschrift)  
Vorsitzender

.....  
(Unterschrift)

.....  
(Unterschrift)

\*) Nichtzutreffendes streichen.  
\*\*) vgl. Vordruck 2.

**Vordruck 6b****Niederschrift über das Ergebnis der Personalratswahl (Wahlniederschrift)  
bei gemeinsamer Wahl (§ 21 der Wahlordnung)**

Der Wahlvorstand ..... den .....  
(Ort) (Datum)  
bei .....  
(Dienststelle)

**Wahlniederschrift**

In der heutigen Sitzung des Wahlvorstands, an der teilgenommen haben

1. ..... als Vorsitzender
2. .....
3. .....

ist das Ergebnis der am ..... durchgeführten Wahl des Personalrats festgestellt worden.

Zu wählen waren ..... Personalratsmitglieder, davon  
..... Vertreter der Beamten,  
..... Vertreter der Angestellten,  
..... Vertreter der Arbeiter.

Es hat gemeinsame Wahl stattgefunden.

Abgegeben wurden insgesamt ..... Stimmzettel, hiervon ..... Stimmzettel in schriftlicher Stimmabgabe.

Davon waren gültig ..... Stimmzettel. Ungültig waren ..... Stimmzettel. Die Gültigkeit von ..... Stimmzetteln war zweifelhaft.

Gründe für die Gültigkeit oder Nichtgültigkeit dieser Stimmzettel:

**A. (bei Verhältniswahl) \*)**

Die Wahl wurde nach den Grundsätzen der Verhältniswahl durchgeführt. Zugelassen waren die als Anlage beigefügten Vorschlagslisten.

- Auf die Vorschlagsliste 1 entfielen ..... Stimmen.  
Auf die Vorschlagsliste 2 entfielen ..... Stimmen.  
usw.

Zur Verteilung der Sitze auf die Vorschlagslisten wurden die Stimmenzahlen, die den Listen zugefallen sind, durch 1, 2, 3 usw. geteilt.

Das Ergebnis zeigt die nachstehende Übersicht:

Liste 1	Liste 2 usw.
Geteilt durch 1 ..... (.....)	..... (.....)
Geteilt durch 2 ..... (.....)	..... (.....)
Geteilt durch 3 ..... (.....)	..... (.....)
usw.	

Die Reihenfolge der für die Zuteilung von Sitzen in Betracht kommenden Höchstzahlen ergibt sich aus den eingeklammerten Ziffern.

**a) Vertreter der Beamten**

Für die Gruppe der Beamten sind ..... Vertreter zu wählen; es kommt die gleiche Zahl von Höchstzahlen in Betracht.

Davon entfallen die Höchstzahlen ..... auf die Liste .....  
die Höchstzahlen ..... auf die Liste ....., usw.

Nach der Reihenfolge der Beamtenvertreter auf den als Anlage beigefügten Vorschlagslisten sind demnach gewählt

aus Liste ..... die Bewerber .....  
aus Liste ..... die Bewerber ..... usw.

\*) Da die Liste ..... nicht genügend Beamtenvertreter enthält, fallen die überschüssigen Sitze den anderen Listen, die noch Beamtenvertreter enthalten, in der Reihenfolge der nächsten Höchstzahlen zu. Das sind

aus Liste ..... die Höchstzahlen .....  
aus Liste ..... die Höchstzahlen ..... usw.

Danach sind ferner gewählt aus Liste ..... die Bewerber .....  
aus Liste ..... die Bewerber ..... usw.

\*) ..... Sitze der Beamtengruppe konnten nicht besetzt werden. Davon fielen unter Berücksichtigung der gemäß § 5 der Wahlordnung (vgl. Niederschrift vom ..... \*\*) errechneten Höchstzahlen ..... Sitze der Gruppe der Angestellten und ..... Sitze der Gruppe der Arbeiter zu.

b) Vertreter der Angestellten }  
c) Vertreter der Arbeiter } entsprechend vorstehendem Buchstaben a).

#### B. (bei Personenwahl)\*)

Die Wahl wurde nach den Grundsätzen der Personenwahl durchgeführt. Zugelassen war der als Anlage beigefügte Wahlvorschlag.

a) Vertreter der Beamten

Es waren ..... Vertreter der Beamten zu wählen.

Auf den Bewerber ..... entfielen ..... Stimmen.  
Auf den Bewerber ..... entfielen ..... Stimmen.  
Auf den Bewerber ..... entfielen ..... Stimmen.  
usw.

Nach der Reihenfolge der Beamtenvertreter auf den als Anlage beigefügten Vorschlagslisten sind demnach folgende Bewerber gewählt:

.....  
.....  
.....  
\*) ..... Sitze der Beamtengruppe konnten nicht besetzt werden. Davon fielen unter Berücksichtigung der gemäß § 5 der Wahlordnung (vgl. Niederschrift vom ..... \*\*) ermittelten Höchstzahlen ..... Sitze der Gruppe der Angestellten und ..... Sitze der Gruppe der Arbeiter zu.

b) Vertreter der Angestellten }  
c) Vertreter der Arbeiter } entsprechend vorstehendem Buchstaben a).

Der Personalrat besteht aus

..... als Vertreter der Beamten,  
..... als Vertreter der Angestellten,  
..... als Vertreter der Arbeiter.

Besondere Vorkommnisse:

(Unterschrift)  
Vorsitzender

(Unterschrift)

(Unterschrift)

\*) Nichtzutreffendes streichen.

\*\*) Vgl. Vordruck 2.

**Vordruck 7**

**Bekanntgabe der Mitglieder des Bezirks-Haupt-Wahlvorstands  
(§§ 31, 32 Abs. 2, 41 in Verbindung mit § 1 Abs. 3 der Wahlordnung)**

Der Bezirks-Haupt-Wahlvorstand \*) ..... den .....  
 (Ort) (Datum)  
 bei .....  
 (Dienststelle)

**Bekanntmachung  
über die Zusammensetzung des Bezirks-Haupt-Wahlvorstands\*)**

Der Bezirks-Haupt-Wahlvorstand \*) für die Wahl des Bezirks-Haupt-Personalrats\*)

bei ..... besteht aus:  
 (Dienststelle)

1. .....  
 (Vorname, Familienname) (Amts-, Dienst- oder Berufsbezeichnung)  
 .....  
 (Dienstanschrift, Fernsprecher)
2. .....  
 (Vorname, Familienname) (Amts-, Dienst- oder Berufsbezeichnung)
3. .....  
 (Vorname, Familienname) (Amts-, Dienst- oder Berufsbezeichnung)

Es wird darauf hingewiesen, daß Vorabstimmungen über eine vom Gesetz abweichende Verteilung der Sitze auf die Gruppen oder über gemeinsame Wahl nur berücksichtigt werden können, wenn ihr Ergebnis dem Bezirks-Haupt-Wahlvorstand\*) spätestens am ..... \*\*) vorliegt (§ 4 der Wahlordnung).

Diese Bekanntmachung ist am ..... bis zum Abschluß der Stimmabgabe in sämtlichen Dienststellen des Geschäftsbereichs der .....  
 (Dienststelle)  
 auszuhängen.

.....  
 (Unterschrift) .....  
 Vorsitzender .....  
 (Unterschrift) .....  
 (Unterschrift)

Aushang am .....  
 bis zum Abschluß der Stimmabgabe.

Abgenommen am .....

\*) Nichtzutreffendes streichen.

\*\*) Das hier einzusetzende Datum ergibt sich aus § 4 der Wahlordnung.

**Niederschrift des Bezirks-Haupt-Wahlvorstands  
über die Ermittlung der Zahl der zu wählenden Bezirks-Haupt-Personalrats-  
mitglieder und ihre Verteilung auf die Gruppen  
(§§ 31, 34, 41 in Verbindung mit § 5 der Wahlordnung)**

Der Bezirks-Haupt-Wahlvorstand \*) ..... den .....  
bei ..... (Ort) (Datum)  
(Dienststelle)

**Niederschrift  
über die Ermittlung der Zahl der zu wählenden Mitglieder  
des Bezirks-Haupt-Personalrats\*) und ihre Verteilung auf die Gruppen**

In der heutigen Sitzung des Bezirks-Haupt-Wahlvorstands\*), an der teilgenommen haben

1. ..... als Vorsitzender
2. .....
3. .....

wurde die Zahl der zu wählenden Mitglieder des Bezirks-Haupt-Personalrats\*) und die Verteilung der Sitze auf die Gruppen errechnet, nachdem festgestellt worden war, daß bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung vom ..... angegebenen Frist dem Bezirks-Haupt-Wahlvorstand\*) eine Mitteilung über eine Vorabstimmung wegen der abweichenden Verteilung der Sitze auf die Gruppen nicht zugegangen ist.

Die Zahl der wahlberechtigten Beschäftigten beträgt in der Regel ..... davon ..... Beamte, ..... Angestellte und ..... Arbeiter. Es sind daher ..... Mitglieder des Bezirks-Haupt-Personalrats\*) zu wählen.

Zur Verteilung der Sitze auf die Gruppen wurden die Zahlen der Beschäftigten der einzelnen Gruppen durch 1, 2, 3 usw. geteilt.

Das Ergebnis zeigt die nachstehende Übersicht:

Beamte:	Angestellte:	Arbeiter:
geteilt durch 1 ..... (.....)	..... (.....)	..... (.....)
geteilt durch 2 ..... (.....)	..... (.....)	..... (.....)
geteilt durch 3 ..... (.....)	..... (.....)	..... (.....)
geteilt durch 4 ..... (.....)	..... (.....)	..... (.....)

Die Reihenfolge der für die Zuteilung der Sitze in Betracht kommenden Höchstzahlen ergibt sich aus den eingeklammerten Ziffern.

Hiernach — würden — \*) entfallen auf die Gruppe der

Beamten .....	Sitze,
Angestellten .....	Sitze,
Arbeiter .....	Sitze.

\*) Aus § 50 Abs. 5 LPVG und § 34 Abs. 2 der Wahlordnung ergibt sich jedoch folgende, von dem Höchstzahlenergebnis abweichende Verteilung:

Beamte .....	Sitze,
Angestellte .....	Sitze,
Arbeiter .....	Sitze.

Begründung:

(Unterschrift)  
Vorsitzender

(Unterschrift)

(Unterschrift)

**Vordruck 9a**

**Wahlausschreiben**  
**für die Wahl des Bezirks-Haupt-Personalrats in Gruppenwahl**  
**(§§ 36, 41 der Wahlordnung)**

---

**Der Bezirks-Haupt-Wahlvorstand\*)**

bei ..... den .....  
 (Dienststelle) (Ort) (Datum)

**Wahlausschreiben**  
**für die Wahl des Bezirks-Haupt-Personalrats\*)**

Gemäß § 50 des LPVG ist für den Geschäftsbereich des/der .....  
 (Bezeichnung der Dienststelle)  
 ein Bezirks-Haupt-Personalrat\*) zu wählen.

Der Bezirks-Haupt-Personalrat\*) besteht aus ..... Mitgliedern.

Davon erhalten

die Beamten ..... Vertreter,  
 die Angestellten ..... Vertreter,  
 die Arbeiter ..... Vertreter.

Die Beamten, Angestellten und Arbeiter wählen ihre Vertreter in getrennten Wahlgängen (Gruppenwahl).

Wählen und gewählt werden kann nur, wer in das Wählerverzeichnis eingetragen ist.

Die Wahlberechtigten sowie die im Geschäftsbereich der Dienststelle vertretenen Gewerkschaften und Berufsverbände (§ 115 LPVG) werden aufgefordert, innerhalb von 18 Kalendertagen seit Erlass dieses Wahlausschreibens, spätestens bis zum ..... dem Bezirks-Haupt-Wahlvorstand\*) Wahlvorschläge für jede Gruppe (Beamte, Angestellte, Arbeiter) einzureichen.

Die Wahlvorschläge der Beschäftigten für die

Beamtengruppe müssen von mindestens ..... wahlberechtigten Gruppenangehörigen,  
 Angestelltengruppe von mindestens ..... wahlberechtigten Gruppenangehörigen,  
 Arbeitergruppe von mindestens ..... wahlberechtigten Gruppenangehörigen  
 unterzeichnet sein.

Jeder Beschäftigte kann seine Unterschrift rechtswirksam nur für einen Wahlvorschlag abgeben. Die Wahlvorschläge der Gewerkschaften und Berufsverbände müssen von einem Beauftragten der Organisation unterzeichnet sein. Die nach § 50 Abs. 3 Satz 2 LPVG nicht wählbaren Beschäftigten dürfen keine Wahlvorschläge machen oder unterzeichnen. Die Wahlvorschläge sind für die Gruppen getrennt einzureichen.

Wahlvorschläge, die nicht die nötige Anzahl von Unterschriften enthalten oder verspätet eingereicht werden, sind ungültig. Gewählt werden kann nur, wer in einen gültigen Wahlvorschlag aufgenommen ist.

Jeder Wahlvorschlag soll doppelt so viele Bewerber aufweisen, wie in dem Wahlgang Mitglieder des Bezirks-Haupt-Personalrats\*) für die Gruppe zu wählen sind. Die einzelnen Bewerber sind untereinander mit fortlaufenden Nummern aufzuführen. Außer dem Familiennamen sind Vornamen, Geburtsdatum, Amts-, Dienst- oder Berufsbezeichnung, Beschäftigungsstelle und Gruppenzugehörigkeit anzugeben. Die schriftliche Zustimmung der Bewerber zur Aufnahme in den Wahlvorschlag ist beizufügen. Jeder Beschäftigte kann für die Wahl des Bezirks-Haupt-Personalrats\*) nur auf einem Wahlvorschlag benannt werden. Aus dem Wahlvorschlag soll zu ersehen sein, welcher Unterzeichner zur Vertretung des Vorschlags gegenüber dem Bezirks-Haupt-Wahlvorstand\*) und zur Entgegennahme von Erklärungen und Entscheidungen des Bezirks-Haupt-Wahlvorstands\*) berechtigt ist. Fehlt in Wahlvorschlägen der Beschäftigten eine Angabe hierüber, so gilt der Unterzeichner als berechtigt, der an erster Stelle steht. Der Wahlvorschlag kann mit einem Kennwort versehen sein.

Die Stimmabgabe findet am ..... statt.

Die Sitzung des Bezirks-Haupt-Wahlvorstands\*), in der das Wahlergebnis festgestellt wird, findet am ..... um ..... Uhr in ..... statt.  
 (Datum) (Ortsangabe)

Tag des Erlasses dieses Wahlausschreibens: .....

An diesem Tag ist das Wahlausschreiben in sämtlichen Dienststellen des Geschäftsbereichs auszuhängen.

.....  
 (Unterschrift)  
 Vorsitzender

.....  
 (Unterschrift)

.....  
 (Unterschrift)

Der Wahlvorstand ..... , den .....  
 (Ort) (Datum)  
 bei .....  
 (Dienststelle)

Das vorstehende Wahlausschreiben wird wie folgt ergänzt:

Ein Abdruck des Wählerverzeichnisses liegt für die Gruppe

der Beamten in .....  
 (Ortsbezeichnung)

der Angestellten in .....  
 (Ortsbezeichnung)

der Arbeiter in .....  
 (Ortsbezeichnung)

aus und kann dort von jedem Wahlberechtigten bis zum Abschluß der Stimmabgabe arbeitstäglich von ..... bis ..... Uhr eingesehen werden. Einsprüche gegen die Richtigkeit des Wählerverzeichnisses können nur innerhalb einer Woche seit seiner Auslegung schriftlich beim Wahlvorstand eingelegt werden. Letzter Tag der Einspruchsfrist ist .....

Ein Abdruck der Wahlordnung liegt anbei zur Einsicht offen.

Die Wahlvorschläge werden spätestens am ..... bis zum Abschluß der Stimmabgabe an dieser Stelle ausgehängt.

Die Stimmabgabe findet statt für die

Beamten am ..... von ..... bis ..... Uhr in .....  
 (Abstimmungstag) (Ortsangabe)

Angestellten am ..... von ..... bis ..... Uhr in .....  
 (Abstimmungstag) (Ortsangabe)

Arbeiter am ..... von ..... bis ..... Uhr in .....  
 (Abstimmungstag) (Ortsangabe)

Wahlberechtigte, die im Zeitpunkt der Wahl verhindert sind, ihre Stimme persönlich abzugeben, erhalten auf Verlangen zum Zwecke der schriftlichen Stimmabgabe die Wahlvorschläge, den Stimmzettel und den Wahlumschlag sowie einen größeren Freiumschlag, der die Anschrift des Wahlvorstands und als Absenderangabe den Namen und die Anschrift des Wahlberechtigten sowie den Vermerk „Schriftliche Stimmabgabe“ trägt, ausgehändigt oder übersandt. Auf Antrag erhalten sie auch einen Abdruck dieses Wahlausschreibens.

.....  
 (Unterschrift)  
 Vorsitzender

.....  
 (Unterschrift)

.....  
 (Unterschrift)

Ausgehängt am .....  
 bis zum Abschluß der Stimmabgabe.

Abgenommen am .....

**Vordruck 9b**

**Wahlauschreiben  
für die Wahl des Bezirks-Haupt-Personalrats in gemeinsamer Wahl  
(§§ 36, 41 der Wahlordnung)**

Der Bezirks-Haupt-Wahlvorstand\*)

bei ..... den .....  
(Dienststelle) (Ort) (Datum)

**Wahlauschreiben  
für die Wahl des Bezirks-Haupt-Personalrats\*)**

Gemäß § 50 LPVG ist für den Geschäftsbereich der/des .....  
(Bezeichnung der Dienststelle)  
ein Bezirks-Haupt-Personalrat\*) zu wählen.

Der Bezirks-Haupt-Personalrat\*) besteht aus ..... Mitgliedern. Davon erhalten

die Beamten ..... Vertreter,  
die Angestellten ..... Vertreter,  
die Arbeiter ..... Vertreter.

Der Bezirks-Haupt-Personalrat\*) wird in gemeinsamer Wahl gewählt. Wählen und gewählt werden kann nur, wer in das Wählerverzeichnis eingetragen ist.

Die Wahlberechtigten sowie die im Geschäftsbereich der Dienststelle vertretenen Gewerkschaften und Berufsverbände (§ 115 LPVG) werden aufgefordert, innerhalb von 3 Wochen seit Erlass dieses Wahlauschreibens, spätestens bis zum ....., dem Bezirks-Haupt-Wahlvorstand\*) Wahlvorschläge einzureichen. Die Wahlvorschläge der Beschäftigten müssen von mindestens ..... Wahlberechtigten unterzeichnet sein. Jeder Beschäftigte kann seine Unterschrift rechtskräftig nur für einen Wahlvorschlag abgeben. Die Wahlvorschläge der Gewerkschaften und der Berufsverbände müssen von einem Beauftragten der Organisation unterzeichnet sein. Die nach § 50 Abs. 3 Satz 3 LPVG nicht wählbaren Beschäftigten dürfen keine Wahlvorschläge machen oder unterzeichnen.

Wahlvorschläge, die nicht die nötige Anzahl von Unterschriften enthalten oder verspätet eingereicht werden, sind ungültig. Gewählt werden kann nur, wer in einen gültigen Wahlvorschlag aufgenommen ist.

Jeder Wahlvorschlag soll doppelt so viele Bewerber aufweisen, wie Mitglieder des Bezirks-Haupt-Personalrats\*) zu wählen sind. Die einzelnen Bewerber sind untereinander mit fortlaufenden Nummern aufzuführen. Außer dem Familiennamen sind Vorname, Geburtsdatum, Amts-, Dienst- oder Berufsbezeichnung, Beschäftigungsstelle und Gruppenzugehörigkeit anzugeben. In dem Wahlvorschlag sind die Bewerber jeweils nach Gruppen zusammenzufassen. Die schriftliche Zustimmung der Bewerber zur Aufnahme in den Wahlvorschlag ist beizufügen. Jeder Beschäftigte kann für die Wahl des Bezirks-Haupt-Personalrats\*) nur auf einem Wahlvorschlag benannt werden. Aus dem Wahlvorschlag soll zu erkennen sein, welcher Unterzeichner zur Vertretung des Vorschlags gegenüber dem Bezirks-Haupt-Wahlvorstand\*) und zur Entgegennahme von Erklärungen und Entscheidungen des Bezirks-Haupt-Wahlvorstands\*) berechtigt ist. Fehlt in Wahlvorschlägen der Beschäftigten eine Angabe hierüber, so gilt der Unterzeichner als berechtigt, der an erster Stelle steht. Der Wahlvorschlag kann mit einem Kennwort versehen sein.

Die Stimmabgabe findet am ..... statt.

Die Sitzung des Bezirks-Haupt-Wahlvorstands\*), in der das Wahlergebnis festgestellt wird, findet am ..... um ..... Uhr in ..... statt.  
(Datum) (Ortsangabe)

Tag des Erlasses des Wahlauschreibens .....

An diesem Tag ist das Wahlauschreiben in sämtlichen Dienststellen des Geschäftsbereichs auszuhängen.

.....  
(Unterschrift)  
Vorsitzender

.....  
(Unterschrift)

.....  
(Unterschrift)

Der Wahlvorstand ..... den .....  
 bei ..... (Ort) ..... (Datum)  
 (Dienststelle)

Das vorstehende Wahlaussschreiben wird wie folgt ergänzt:

Ein Abdruck des Wählerverzeichnisses liegt in

..... (Ortsbezeichnung)  
 aus und kann dort von jedem Wahlberechtigten bis zum Abschluß der Stimmabgabe  
 arbeitstäglich von ..... bis ..... Uhr eingesehen werden. Einsprüche gegen die Rich-  
 tigkeit des Wählerverzeichnisses können nur innerhalb einer Woche seit seiner Aus-  
 legung schriftlich beim Wahlvorstand eingelegt werden. Letzter Tag der Einspruchsfrist  
 ist .....

Ein Abdruck der Wahlordnung liegt anbei zur Einsicht offen.

Die Wahlvorschläge werden spätestens am ..... bis zum Abschluß  
 der Stimmabgabe an dieser Stelle ausgehängt.

Die Stimmabgabe findet statt

am ..... von ..... bis ..... Uhr in ..... (Ortsangabe)  
 (Abstimmungstag)

Wahlberechtigte, die im Zeitpunkt der Wahl verhindert sind, ihre Stimme persönlich abzuge-  
 ben, erhalten auf Verlangen zum Zwecke der schriftlichen Stimmabgabe die Wahlvorschläge,  
 den Stimmzettel und den Wahlumschlag sowie einen größeren Freiumschlag, der die Anschrift  
 des Wahlvorstands und als Absenderangabe den Namen und die Anschrift des Wahlberechtig-  
 ten sowie den Vermerk „Schriftliche Stimmabgabe“ trägt, ausgehändigt oder übersandt. Auf  
 Antrag erhalten sie auch einen Abdruck des Wahlaussschreibens.

.....  
 (Unterschrift)  
 Vorsitzender

.....  
 (Unterschrift)

.....  
 (Unterschrift)

Ausgehängt am .....  
 bis zum Abschluß der Stimmabgabe.

Abgenommen am .....

**Vordruck 10a**

**Bekanntmachung**  
über eine Nachfrist für die Einreichung von Wahlvorschlägen zur Wahl des  
Bezirks-Haupt-Personalrats  
(Gruppenwahl –  
§§ 31, 37, 41 in Verbindung mit § 11 Abs. 1 und 2 der Wahlordnung)

Der Bezirks-Haupt-Wahlvorstand\*) ..... den .....  
(Ort) (Datum)  
bei .....  
(Dienststelle)

**Bekanntmachung**  
über eine Nachfrist zur Einreichung von Wahlvorschlägen  
für die Gruppe der .....

Innerhalb der im Wahlausseren bekanntgegebenen Frist ist für die Gruppe der ..... kein gültiger Wahlvorschlag eingegangen.

Gemäß §§ 11, 31, 41\*) der Wahlordnung werden die wahlberechtigten Beschäftigten der ..... -Gruppe sowie die im Geschäftsbereich der Dienststelle vertretenen Gewerkschaften und Berufsverbände (§ 115 LPVG) aufgefordert, innerhalb einer Nachfrist von einer Woche, spätestens am ..... beim Bezirks-Haupt-Wahlvorstand\*) gültige Wahlvorschläge einzureichen. Auf die Angaben im Wahlausseren über Inhalt und Form der Wahlvorschläge wird hingewiesen.

Geht auch innerhalb der Nachfrist kein gültiger Wahlvorschlag ein, so können für diese Gruppe keine Vertreter gewählt werden.

Diese Bekanntmachung ist am ..... in sämtlichen Dienststellen des Geschäftsbereiches auszuhängen.

.....  
(Unterschrift)

.....  
(Unterschrift)

.....  
(Unterschrift)

Ausgehängt am .....

Abgenommen am .....

\*) Nichtzutreffendes streichen.

**Bekanntmachung**  
**über eine Nachfrist für die Einreichung von Wahlvorschlägen zur Wahl des**  
**Bezirks-Haupt-Personalrats**  
**(Gemeinsame Wahl –**  
**§§ 31, 37, 41 in Verbindung mit § 11 Abs. 1 und 2 der Wahlordnung)**

Der Bezirks-Haupt-Wahlvorstand\*) ..... den .....  
 bei ..... (Ort) ..... (Datum)  
 (Dienststelle)

**Bekanntmachung**  
**über eine Nachfrist zur Einreichung von Wahlvorschlägen**

Innerhalb der im Wahlausseren bekanntgegebenen Frist ist für die Wahl des Bezirks-Haupt-Personalrats\*) kein gültiger Wahlvorschlag eingegangen.

Gemäß § 11, 31, 41\*) der Wahlordnung werden die wahlberechtigten Beschäftigten sowie die im Geschäftsbereich der Dienststelle vertretenen Gewerkschaften und Berufsverbände (§ 115 LPVG) aufgefordert, innerhalb von einer Woche, spätestens am ..... beim Bezirks-Haupt-Wahlvorstand\*) gültige Wahlvorschläge einzureichen. Auf die Angaben im Wahlausseren über Inhalt und Form der Wahlvorschläge wird hingewiesen.

Geht auch innerhalb der Nachfrist kein gültiger Wahlvorschlag ein, so kann die Wahl nicht stattfinden.

Diese Bekanntmachung ist am ..... in sämtlichen Dienststellen des Geschäftsbereiches auszuhängen.

..... (Unterschrift)

..... (Unterschrift)

..... (Unterschrift)

Ausgehängt am .....

Abgenommen am .....

\*) Nichtzutreffendes streichen.

– MBl. NW. 1975 S. 315.

**Einzelpreis dieser Nummer 5,60 DM**

Einzelleferungen nur durch den August Bagel Verlag, 4 Düsseldorf, Grafenberger Allee 100, Tel. 6888293/94, gegen Vereinsendung des vorgenannten Betrages zuzügl. 0,50 DM Versandkosten auf das Postscheckkonto Köln 8516-507. (Der Verlag bittet, keine Postwertzeichen einzusenden.) Es wird dringend empfohlen, Nachbestellungen des Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen möglichst innerhalb eines Vierteljahres nach Erscheinen der jeweiligen Nummer bei dem August Bagel Verlag, 4 Düsseldorf, Grafenberger Allee 100, vorzunehmen, um späteren Lieferschwierigkeiten vorzubeugen. Wenn nicht innerhalb von vier Wochen eine Lieferung erfolgt, gilt die Nummer als vergriffen. Eine besondere Benachrichtigung ergeht nicht.

Herausgegeben von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf, Elisabethstraße 5. Druck: A. Bagel, Düsseldorf, Vertrieb: August Bagel Verlag, Düsseldorf. Bezug der Ausgabe A (zweiseitiger Druck) und B (einseitiger Druck) durch die Post. Ministerialblätter, in denen nur ein Sachgebiet behandelt wird, werden auch in der Ausgabe B zweiseitig bedruckt geliefert. Bezugspreis vierteljährlich Ausgabe A 25,80 DM, Ausgabe B 27,- DM.

Die genannten Preise enthalten 5,5% Mehrwertsteuer.